

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

Joachim Bischoff: Italien –  
hoffnungsloser Fall?



Wolfgang Müller: China &  
deutsche High-Tech-Perlen



Richard Detje: 40 Jahre  
Paritätische Mitbestimmung

Florian Butollo: Digitale  
Arbeitswelt und Gute Arbeit?

**Forum  
Gewerkschaften**

Max Lill: Bob Dylan – The  
Times They Are a-Changin’



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Orientierung in schwierigen Zeiten?



Die CDU signalisiert dem Wahlvolk: Die große bürgerliche Partei in der »Berliner Republik« hat verstanden. Auf Basis eines Leitantrags für den Parteitag unterbreitet der Parteivorstand das wenig überraschende Angebot: Angela Merkel bleibt Parteivorsitzende und kämpft um eine Fortführung der politischen Macht in Deutschland. ...

### Übernahmeschlacht im Einzelhandel



Die Suche nach einer Lösung für Kaiser's Tengelmann entwickelt sich zur Hängepartie. Noch immer feilschen die Konkurrenten Edeka und Rewe um eine Einigung. Währenddessen müssen die rund 15.000 Beschäftigten der Supermarktkette weiter um ihre Arbeitsplätze bangen. ...

### LINKE EU-Kritik, aber konkret



Der Parteivorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger hat ein zentrales Problem aufgegriffen: »Die Auseinandersetzung um die Position zur EU hat durch den »Brexit« neue Nahrung erhalten. Immer wieder wird die Forderung »raus aus der EU« als eine linke Antwort formuliert.« ...

### USA: Zeitenwende?

Ingar Solty: Wie konnte der herrschende Block die Kontrolle verlieren? Zu den Ursachen des Triumphs von Donald Trump .....	2
US-Wahlen: Daten & Fakten .....	10
Bernie Sanders: Wohin die Reise für die US-Demokraten gehen muss .....	13
Andreas Fisahn: Mit Pauken und Trump-eten in den Untergang? .....	15

### Umbrüche: Europa, Lateinamerika, Asien

Joachim Bischoff: Italien – ein hoffnungsloser Fall im Kriseneuropa? .....	19
Armando Fernández Steinko: Die PSOE vor der Zerreißprobe .....	28
Benedikt Behrens: Showdown in Venezuela – Maduro vor dem Ende? .....	31
Wolfgang Müller: »Gelbe Gefahr«. Greift China nach den Perlen der deutschen Industrie? .....	34

### Reformpotenziale: R2G

Marian Krüger/Helge Meves: Grenzen der Reformbereitschaft Die sozial- und finanzpolitischen Beschlüsse des grünen Parteitags in Münster ..	37
Harald Wolf: Rot-Rot-Grün in Berlin Koalitionsvertrag für einen Politikwechsel .....	40

### Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Verblasster Demokratie- und Systemkorrektur-Impuls. Bilanz der Mitbestimmung 1976-2016 .....	42
WSI: Betriebsrats-Bashing – drohen, stänkern, kündigen Störfeuer gegen Betriebsratsgründungen .....	47
Florian Butollo: Realitäten der Digitalisierung und das Gestaltungsdilemma Jahrbuch Gute Arbeit 2016: »Digitale Arbeitswelt« .....	49
Daniel Menning: Proaktive Arbeitspolitik. Betriebliche Demografiepolitik als Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung .....	53

### Life's an open window

Michael Brie: Die dritte Welle des Sozialismus. Eine Skizze .....	56
Max Lill: The order is rapidly fadin' Zur Verleihung des Literaturnobelpreises an Bob Dylan .....	62

### Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum .....	55
Veranstaltungen & Tipps .....	68
Klaus Schneider: Paterson (Filmkritik) .....	69

### Supplement:

Joachim Bischoff/Bernhard Müller  
**Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus**

# Die Grenzen der Reformbereitschaft

Die sozial- und finanzpolitischen Beschlüsse des grünen Parteitages in Münster

von | Marian Krüger und Helge Meves



Von taz bis FAZ ist man sich einig: Der grüne Parteitag am 11. bis 13. November war ein Sieg der Linken. Die Vermögensteuer bleibt weiter im Programm. Die Hartz-IV-Sanktionen sollen abgeschafft und die beitragsfreie Kita eingeführt werden. Das ist alles andere als CDU-kompatibel. Wenn man berücksichtigt, dass die Grünen auch noch die Ablösung der Staatsleistungen für die Amtskirchen und die Ablehnung der von den USA geforderten Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des BIP beschlossen haben, fragt man sich, warum eigentlich die Absage an die Koalition mit Merkel noch fehlt. Für CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt haben sich die Grünen nun »klar Richtung Rot-Rot-Grün positioniert«. Jan Korte, der Fraktionsvize der LINKEN, bemängelt dagegen, dass die Grünen sich nicht festgelegt haben. Wer die Vermögensteuer wolle, der müsse »im Umkehrschluss« auch Schwarz-Grün für 2017 ausschließen.<sup>1</sup>

## Steuerfragen sind Machtfragen

Die Grünen haben in Münster beschlossen, für wen und wofür sie mehr Geld ausgeben möchten. Mit dem Ergebnis des Parteitages sind die finanziellen Ansprüche größer, aber die steuerpolitischen Klarheiten kleiner geworden.

Die Grünen sind dennoch zufrieden. Die Botschaft an die bürgerliche Wählerschaft, deren Stimmen man 2017 braucht, lautet nun, dass sie steuerpolitisch weitgehend in Ruhe gelassen wird. Die linke Basis durfte dagegen das sozial-ökologische Schaufenster mit zahlreichen Gaben schmücken. Über allem prangt weiter das Bekenntnis zur Vermögensteuer wie eine bunte Girlande.

Weiter versprechen die Grünen insgesamt 11 Milliarden Euro neue Investitionen jährlich, davon jeweils 2 Milliarden zusätzlich für die Wohnbauförderung des Bundes und ein neues Schulsanierungsprogramm. Die mit 7 Milliarden Euro meisten Mittel sollen

für das klientelpolitisch ausgerichtete »grüne Wärmepaket« ausgegeben werden. Teil des Paketes ist allerdings auch ein Steuerbonus von einer Milliarde Euro, der Immobilienbesitzern für die energetische Sanierung zugutekommen soll. Die Grünen haben also in Münster auch eine Steuersenkung für den vermögenden Ökobürger beschlossen.

In anderen Bereichen sind die Grünen nicht so genau mit den Beträgen, aber verteilungspolitisch nicht weniger ambitioniert. BAFöG, Wohngeld, Kindergeld, ALG II sollen erhöht werden. Hinzu kommt ein neues Klima-Wohngeld. Weiter sollen die Stromkosten

*Marian Krüger ist Politologin und war Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Helge Meves ist Referent im Bereich Strategie & Grundsatz in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Beide Autoren arbeiten in der Bund-Länder-Koordination der Linksfraktion im Bundestag.*

<sup>1</sup> Jan Korte, zit. nach: Grüne fordern Vermögensteuer für »Superreiche«. In: Frankfurter Neue Presse vom 14.11.2016.

künftig bedarfsgerecht in die Hartz-IV-Regelsätze eingepreist werden. Außerdem soll ein Kita-Qualitätsgesetz künftig für mehr Kita-Personal sorgen. Hinzu kommt, dass die Beschlüsse zur Ablösung des Staatsvertrages mit den Kirchen Milliarden kosten: Die Dotationen an die katholische und evangelische Kirche betragen derzeit jährlich ungefähr 500 Mio. Euro und machen ca. 2,6% der Gesamtkirchenetats aus. Da die Werterschätzung insbesondere der Sakralbauten sehr schwierig ist, schwanken die Schätzungen zwischen dem Zehn- und 40-Fachen des Jahresbetrages, also zwischen 5 und 20 Mrd. Euro. Was ihre Vorschläge in der Summe kosten sollen, sagen die Grünen an keiner Stelle. Aber auch ihnen dürfte klar sein, dass sie in jedem Falle deutlich mehr verteilen, als sie steuerpolitisch neu hereinholen.

Damit stehen nun zwei Tendenzen relativ zusammenhanglos nebeneinander: Dem verteilungspolitischen Gestaltungsanspruch steht kein entsprechender steuerpolitischer Gestaltungswille mehr gegenüber. Daran ändert übrigens auch das in einem professionell inszenierten Flügelstreit beschlossene Bekenntnis zur Vermögensteuer nichts. Die Grünen wissen selbst sehr gut, dass damit kein einziger Cent für irgendein Bundesprogramm oder irgendeine Sozialleistung des Bundes einzunehmen ist, denn die Vermögensteuereinnahmen stehen ausschließlich den Ländern zu. Den Spitzensteuersatz wollen die Grünen zwar erhöhen, aber sie sagen an keiner Stelle, wie weit sie dabei gehen wollen; auch über eine Erhöhung der Unternehmenssteuern findet man kein Wort. Doch die Steuerpolitik ist der Lackmus-Test für jede weitreichende Erweiterung sozialpolitischer Maßnahmen. Und diesem Test weichen die Grünen aus.

## Grüner Flügelstreit und Steuerfrage

Bei dem seit den Bundestagswahlen schwelenden Flügelstreit um die Steuerpolitik ging es in Münster nicht mehr um die Frage, ob das betuchte Klientel der Grünen gegenüber dem Wahlprogramm 2013 steuerpolitisch stärker geschont werden soll. Dies ist flügelüber-



flickr/gruenenrw, ©

greifend entschieden. Exemplarisch ist dies beim Spitzensteuersatz zu besichtigen. Forderten die Grünen 2013 ab 60.000 Euro Jahreseinkommen eine Erhöhung auf 45% und ab 80.000 Euro auf 49%, soll er nun erst ab 100.000 Euro greifen, wobei eine Festlegung zur Höhe des Steuersatzes gänzlich fehlt.

Auch bei der Abschaffung des Ehegattensplittings bevorzugen die Grünen nun eine »weiche« Variante, für die Katrin Göring-Eckardt auf dem Parteitag damit warb, dass diese eher in einer Regierung umsetzbar sei. Das Ehegattensplitting soll danach abgeschafft werden, allerdings nicht für Paare, die schon verheiratet sind. Das neue Recht soll nur für eine Minderheit, also Paare, die nach der Reform heiraten, gelten. Die Grünen zeigen hier, wie man das progressiv gelabelte Image der Abschaffung des Splittings beibehalten und gleichzeitig einen steuerlichen Schutzraum für eine gut verdienende bürgerliche Klientel konservieren kann. Anträge, wenigstens nach einem Übergangszeitraum von 10 bis 20 Jahren zur Individualbesteuerung überzugehen, fielen durch.

Zur Vermögen- und Erbschaftsteuer wurden formal zwei Varianten alternativ zur Abstimmung gestellt. Entweder eine Vermögensteuer von 1% ab 1 Million Euro soll 10 Milliarden Euro jährlich neue Staatseinnahmen bringen. Oder eine Reform der Erbschaftsteuer mit Steuersätzen von 15%. Der im Vorfeld des Parteitages zwischen Rechten und Linken ausgedeilte und danach beschlossene Kompromiss enthielt dann keine Entweder-Oder-Varianten, son-

dern ein Bekenntnis zur Wiederbelebung einer »verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren Vermögensteuer für Superreiche« und einer verfassungskonformen Erbschaftsteuer. Der Kompromiss entsorgte jedoch auch die konkreten fiskalischen Vorgaben, d.h. die verteilungspolitische Dimension. Was bleibt, ist Bekenntnis und Symbolik.

Auf dem Parteitag reichte dieser Kompromiss Kretschmann & Co. jedoch nicht, sie wollten die Vermögensteuer endgültig aus dem programmatischen Kanon der Grünen gestrichen sehen. Winfried Kretschmann griff in Münster die Vermögensteuer frontal an: Sie verringere die Investitionsquote, schwäche so den Mittelstand, führe zu höherer Arbeitslosigkeit und dies zum Erstarren der AfD. Besser, so der grüne Ministerpräsident, sei die Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Jürgen Trittin verwies dagegen darauf, dass auch Deutschland – für Vermögende – eine Steueroase sei und dass man mindestens zum Durchschnitt der Industriestaaten aufschließen müsse. Das Mittelstandsargument konterte er mit dem Verweis auf den Rückgang der Investitionsquote der Industrie in den letzten 25 Jahren von 25 auf 10%.

Dass Kretschmann und der von ihm repräsentierte Teil des rechten Parteiflügels als einziges Mittel zur Verbesserung der Staatseinnahmen nur noch die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht im Angebot haben, war dem Rest des Parteitages dann doch zu dürrig.

Alles in allem können die Parteilinken für Kretschmanns Vorstoß eher dankbar sein, weil sie sich nach dem Showdown dieses abgewiesenen Frontalangriffes nun in die Pose des Siegers werfen können.

## Differenzen und Schnittmengen mit der LINKEN

Auch wenn die Grünen in Münster ihr steuerpolitisches Programm abgeschwächt haben, bestehen weiter Schnittmengen mit der LINKEN. Das betrifft z.B. die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die Einführung von Elementen einer Bundessteuerverwaltung durch zentrale Steuerfahndung, die Be-

schränkung der Abzugsfähigkeit von Managergehältern als Betriebsausgabe, die stärkere Kontrolle von deutschem Auslandsvermögen. Formal bleibt nach Münster auch die Vermögenssteuer in der Schnittmenge, hier will die LINKE allerdings mehr als Bekenntnisse.

Wie alle anderen Bundestagsparteien bekennen sich die Grünen zur steuerlichen Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen. Sie wollen den Grundfreibetrag anheben und durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes gegenfinanzieren. Mit ihren Vorstellungen bewegen sie sich im Rahmen der bestehenden Regelung des steuerlichen Existenzminimums bzw. bieten zusätzliche Freibeträge für Altersvorsorge und Kinderbetreuung an. DIE LINKE will beim Grundfreibetrag die Lohnsteuerfreiheit des Mindestlohnes erreichen. Deswegen diskutiert sie eine Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 8.652 Euro auf 12.600 Euro. Dies würde vor allem den Menschen im Niedriglohnsektor zugutekommen. Auf der Einnahmeseite bräuchte man dafür aber einen Spitzensteuersatz, der nach aktueller Beschlusslage mit den Grünen nicht zu machen ist.

## Grenzen der grünen Reformbereitschaft

In der Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik haben die Grünen eine Reihe von Korrekturen an der Agenda 2010 beschlossen. Eine vergleichsweise große Schnittmenge mit der LINKEN gibt es hierbei bei der Rückkehr zur Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung – ohne eine Festlegung zur Höhe des Beitragssatzes –, Abschaffung der Zusatzbeiträge sowie der allgemeinen Orientierung auf eine Bürgerversicherung als neues Konstruktionsprinzip für alle sozialen Sicherungssysteme. Als erster Schritt sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung Selbständige aufgenommen werden; perspektivisch wird eine »Rentenversicherung für alle«, also auch für Abgeordnete, Freiberufler und Beamte angestrebt.

Ansonsten stehen die Grünen rentenpolitisch zum Status quo. Das betrifft das Rentenniveau, das Rentenalter von 67 und die Garantieerklärung für die

floppende Riesterreute. Allerdings wird eine »attraktive« Teilrente mit 60 Jahren versprochen. Wie die Grünen das im Sinkflug befindliche Rentenniveau ohne eine weitere Korrektur der mit der Agenda 2010 eingeführten Rentensenkungsformel stoppen wollen, bleibt dabei ihr Geheimnis. Aber die grüne Reformbereitschaft hat eben Grenzen. Und die betreffen neben den Steuern und der Rente vor allem den Niedriglohnsektor. Zwar ist der Beschluss zur Abschaffung des Hartz-IV-Sanktionsregimes ohne Zweifel ein Fortschritt. Allerdings hat der Parteitag schon bei der Forderung, den Mindestlohn über die bereits für Ende nächsten Jahres geregelte Höhe zu erhöhen, nicht mehr mitgemacht. Ebenso keine Mehrheit fanden Anträge, den Niedriglohnsektor nicht nur zu reformieren, sondern zu »überwinden« bzw. »zurückzudrängen«.

## Das grüne Verhältnis zur Union nach Münster

Nach den Landtagswahlen vom März 2016 nannte Parteichef Cem Özdemir drei Voraussetzungen für Schwarz-Grün im Bund. »Es geht erstens um den Ausstieg aus der Kohleenergie«; zweitens darum, dass sich »eine Bundesregierung, an der sich die Grünen beteiligen, für einen europäischen Marshallplan für Nordafrika« einsetzt; drittens dürfe im Bildungssystem die »Frage der Herkunft und des Geldbeutels nicht mehr die entscheidende Rolle spielen«. Dies seien »die entscheidenden Maßstäbe, ob Koalitionen zustande kommen«.<sup>2</sup>

Mit diesem Katalog sandte Özdemir eine frohe Botschaft an die Union: Fragen der Sozialpolitik sind für die Grünen weder eine Sollbruchstelle, noch ein hartes Verhandlungsthema. Die Energiewende schon. Mit den Münsteraner Beschlüssen haben die Grünen nun neue Bundesprogramme in der Bildungspolitik wie das Kita-Qualitätsgesetz und das Schulsanierungsprogramm beschlossen. Sie haben aber auch peinlichst darauf geachtet, verbindliche Antworten zu vermeiden, wer dies bezahlen soll, um ihre bürgerlichen Wähler in der Mitte nicht zu verprellen. In der Konkurrenz zur CDU fallen sie damit zurück, denn immerhin kündigte Bun-

desfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kürzlich an, 3,5 Milliarden Euro zusätzlich an Bildungsinvestitionen für die Kommunen noch für 2017 auf den Weg zu bringen.

Zweifellos sind mit den sozial- und finanzpolitischen Beschlüssen des Parteitages in Münster die Differenzen zur Union keineswegs so stark eingeebnet worden, wie sich das die offenen Befürworter von Schwarz-Grün um Winfried Kretschmann gewünscht haben.

Die Substanz für ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene besteht weiter fort.<sup>3</sup> Wegen ihrer materiell saturierten Wählerschaft, die weniger sozialpolitische Rücksichten erfordert, bleiben die Grünen ein interessanter Partner für die Union. Deswegen – und wegen der geringeren Verankerung der Grünen in den Gewerkschaften – fällt das Konfliktpotenzial mit der CDU insgesamt anders aus als mit der SPD. Zudem hat sich eine Reihe von grundsätzlichen Konflikten, in denen CDU und Grüne als politische Antipoden agierten, erledigt. Exemplarisch betrifft dies die Atompolitik und erst recht die Außen- und Sicherheitspolitik. In der Finanzpolitik treffen sich beide Parteien immer mehr unter dem Slogan der »Nachhaltigkeit« bei der betriebenen steuerlichen Schonung der vermögenden Teile ihrer Wählerschaft.

Da beide Parteien sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Eliten verstehen, die ihre Wähler, wenn sich die Gelegenheit ergibt, vor vollendete Tatsachen stellen, sind die vorhandenen Differenzen ein nachrangiges Problem, wenn die Mehrheit und der Moment für ein Bündnis da ist.

<sup>2</sup> Cem Özdemir, zit. nach: Özdemir nennt drei Bedingungen für Schwarz-Grün. In: Die Welt vom 18.3.2016.

<sup>3</sup> Zur Diskussion des Verhältnisses zur CDU vgl.: Schwarz-grüne Perspektiven vor den Bundestagswahlen 2017. Modelle, Erfahrungen und Bedingungen für Gelingen oder Scheitern von Koalitionen zwischen CDU und Grünen von Hamburg 2008 bis Baden-Württemberg 2016. Von Helge Meves und Marian Krüger mit einem Vorwort von Jan Korte. Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Berlin, 2. durchges. und korr. Auflage, 2016, 84 S. Download: <https://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/2016-meves-krueger-schwarz-gruen2a.pdf>

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_  
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

